

Bearbeitungsstand:

Erstellt Klaus Kuhl, 31. Mai 2014 (Vers. 01)

Anmerkungen und Kommentare Dieter Hartwig, 19. Jun. 2014

Überarbeitet und ergänzt durch Klaus Kuhl, 20. Jun. 2014 (Vers. 02)

Ergänzungen Klaus Kuhl, 1.7.2014 (Vers. 03), 20.7.2014, 6.10.2014 (Vers. 04), 20.11.2014 (Vers. 05)

Die Rolle der deutschen Seeoffiziere während der Ereignisse im Oktober/November 1918

Übersicht

Diese Literaturstudie beschreibt den gegenwärtigen Stand der Forschung, wonach die deutsche Seekriegsleitung (SKL) und das Kommando der Hochseeflotte im Oktober 1918, nach der ultimativen Forderung Ludendorffs, die Regierung müsse um einen Waffenstillstand nachsuchen, einen Flottenvorstoß auf der Grundlage ihres traditionellen Denkens und konkreter Planungen aus vorangegangenen Monaten gemäß dem Operationsbefehl Nr. 19 beabsichtigten. Vom militärischen Standpunkt kann der Vorstoß nicht als Todesfahrt im Sinne eines reinen Selbstmordunternehmens bezeichnet werden. Eine schwere Niederlage war jedoch wahrscheinlich.

Über den bisherigen Stand der Forschung hinausgehend müssen die Planungen der SKL und der Flottenleitung im Zusammenhang mit der von OHL, Vaterlandspartei, rechten Gruppierungen und evangelischer Kirche durchgeführten gemeinsamen Kampagne zum „ehrvollen Untergang statt schmachlicher Kapitulation“ gesehen werden. Auch ein unwahrscheinlicher Erfolg des Flottenvorstoßes hätte damit Deutschland noch näher an den Abgrund geführt.

Das besondere Interesse der Seeoffiziere innerhalb dieser Kampagne bestand dabei darin, als Träger der Weltmachtbestrebungen ihre Zukunft zu sichern und sich für den nächsten Waffengang zu positionieren.

Als die zentrale Figur der Kampagne, Ludendorff, entlassen wurde, die Matrosen meuterten, und die Unruhe unter der Arbeiterschaft - aber auch in Teilen des Bürgertums zunahm, erwies sich der Flottenvorstoß zur Durchsetzung der Partikularinteressen als kontraproduktiv. Die SKL und die Leitung der Hochseeflotte gaben den Plan kurzfristig auf und vertuschten ihre Absichten.

Summary

The role of the German naval officers during the events in October/November 1918

This literature review describes the current state of research. After Ludendorff ultimately urged the government to ask for a cease fire, the German Maritime Warfare Command (Seekriegsleitung, SKL) and the command of the High Seas Fleet planned a sortie in October 1918 (naval operation order 19), based on their traditional thinking and specific plans developed some months ago. From the military point of view the planned advance cannot be described as a pure suicide action. A heavy defeat, however, was likely.

Going beyond the current state of research, the plan of SKL and fleet command have to be seen in connection with a parallel campaign carried out by OHL, Fatherland Party, right-wing groups and the Protestant Church drumming for "honorable doom instead of ignominious surrender". Even an unlikely success of the advance would have put Germany nearer to the abyss.

The particular interest of the naval officers within this campaign - as the elite of the hegemonial aspirations - was to secure their future and to position themselves for the next attempt to get a „place in the sun“.

When the central figure of the campaign, Ludendorff, was dismissed, when sailors mutinied and workers' unrest was on the rise, and even parts of the middle classes were upset, the sortie to enforce the particular interests turned out to be counterproductive. The SKL and the High Seas Fleet command gave up the plan at short notice and covered up their intentions.

Inhalt

Einführung	3
Der Flottenbefehl	4
Bildung und Aufgaben der Seekriegsleitung (SKL).....	4
Waffenstillstandsforderung Ludendorffs	5
Planungen zum Flottenvorstoß.....	6
Umsetzung der Planung und Scheitern	9
Verschleierung und Abwälzung der Verantwortung.....	9
Generelle Einordnung und Diskussion.....	11
Adel, Bürgertum, Arbeiterschaft.....	11
Flottenbauprogramm und Seeoffizierskorps.....	11
Der Flottenvorstoß.....	13
Sturz der Regierung und Torpedierung der Friedensverhandlungen?.....	16
Stimmung in der Bevölkerung bzw. unter den Marinemannschaften.....	16
Zusammenfassung	17
Anhang	19
1. Auszüge aus: Küsel, Konteradmiral a.D., Beitrag zur Geschichte des revolutionären Umsturzes in der Kaiserlichen Marine und in Kiel. November 1918, erstellt vermutlich nach 1933. Bundesarchiv-Militärarchiv: RM 8/1026.....	19
2. Flugblatt der Regierung zum Flottenvorstoß.....	19

Einführung

Diese Literaturstudie basiert insbesondere auf folgendem Material:

Deist, W., 'Die Politik der Seekriegsleitung und die Rebellion der Flotte Ende Oktober 1918', Rothfels, H. & Eschenburg, T. (Hrsg.), *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, 4. Heft, 1966. Zugänglich unter: http://ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_4.pdf

(Deist weist in seiner Arbeit darauf hin, dass das im Werk des Untersuchungsausschusses (WUA) ausgebreitete reichhaltige Material in seiner Fülle noch keineswegs ausreichend berücksichtigt worden sei. Speziell bezieht er sich auf die Doppelbände 9 und 10 der IV. Reihe, die sich ausschließlich mit Marinefragen beschäftigen.)

Granier, G., *Magnus von Levetzow: Seeoffizier, Monarchist und Wegbereiter Hitlers - Lebensweg und ausgewählte Dokumente*, Schriften des Bundesarchivs 31, Harald Boldt Verlag, Boppard am Rhein, 1982.

Deist, W., 'Die Ursachen der Revolution von 1918/19 unter militärgeschichtlicher Perspektive', *Wilhelmshavener Museumsgespräche, Texte zur Geschichte der Stadt*, Band 2, Die Revolution 1918/19 – 70 Jahre danach, Vortragsveranstaltung der Stadt Wilhelmshaven am 28. und 29. Oktober 1988, bearbeitet und herausgegeben von Norbert Credé im Auftrag der Stadt Wilhelmshaven, Stadt Wilhelmshaven, Küsten Museum 1991.

Granier, G., *Die deutsche Seekriegsleitung im Ersten Weltkrieg*, Dokumentation, Erster Band, Materialien aus dem Bundesarchiv, Heft 9, Koblenz, 1999.

Groß, G.P., 'Eine Frage der Ehre? Die Marineführung und der letzte Flottenvorstoß 1918', Duppler, Groß, G.P., (Hrsg.), *Kriegsende 1918*, München, 1999.
Derselbe Aufsatz wurde außerdem 2005 veröffentlicht in: Groß, G.P., 'Eine Frage der Ehre? Die Marineführung und der letzte Flottenvorstoß 1918', Rahn, W. (Hrsg.), *Deutsche Marinen im Wandel*, R. Oldenbourg Verlag, München, 2005.

Afflerbach, H., '„Mit wehender Fahne untergehen“. Kapitulationsverweigerungen in der deutschen Marine', Bracher, K.D., Schwarz, H-P. & Möller, Horst (Hrsg.), *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, IfZ München-Berlin, Jahrgang 49, Heft 4, 2001. Zugänglich unter: http://ifz-muenchen.de/heftarchiv/2001_4.pdf

Mehnert, G., *Evangelische Kirche und Politik 1917-19*, Droste Verlag, Düsseldorf, 1959.

Besonderer Dank geht an den Marinehistoriker Dr. Dieter Hartwig, Fregattenkapitän a.D., der diese Studie freundlicherweise ausführlich kommentiert und der viele Verbesserungen vorgeschlagen hat.

Der Flottenbefehl

Erstmals 1966 setzte sich ein Historiker (Deist) auf der Grundlage der Akten der Kaiserlichen Marine mit dem geplanten Flottenvorstoß (Operations-Befehl Nr. 19) auseinander. Deist widerlegte dabei Mythen, z.B. dass das Ziel des Flottenvorstoßes die Entlastung des Landheeres gewesen sei. Die Ergebnisse seiner Arbeit wurden von Granier 1982 im Wesentlichen bestätigt, wobei Granier weiterführend die Frage diskutierte, ob die Seekriegsleitung (SKL) und das Flottenkommando beabsichtigt hätten, die Friedensverhandlungen zu torpedieren und die Regierung zu stürzen. Groß (1999) und Afflerbach (2001) führten diese Diskussion fort und schlugen gewisse Korrekturen an den Aussagen Deists vor. (Groß, 1999, Afflerbach, 2001)

Bildung und Aufgaben der Seekriegsleitung (SKL)

Es gab einen sich lang hinziehenden Streit zwischen Flottenkommando, Admiralstab, Reichsmarineamt und dem Marinekabinett¹. Dabei ging es hauptsächlich um Form und Inhalt der Marine-Kriegführung. Die entscheidenden Personen – insbesondere Kaiser Wilhelm II. – hatten einen Großeinsatz der Flotte unterbunden, womit indirekt zugegeben wurde, dass das Flottenbauprogramm ein Fehlschlag war. Die große Mehrheit des Seeoffizierskorps dagegen drängte auf einen Einsatz². Am 11. August 1918 kam es schließlich zur Bildung eines einheitlichen Oberbefehls unter Admiral Reinhard Scheer, analog zur Obersten Heeresleitung (OHL). Die SKL residierte ebenso wie die OHL im Großen Hauptquartier im belgischen Spa. Der Kaiser wurde dabei – wie schon lange vorher bei der OHL – von einer führenden Beteiligung an den Entscheidungen der Kriegführung ausgeschlossen. Der Weg zur großen Seeschlacht mit der englischen Flotte schien frei. Neuer Chef des Stabes der SKL wurde Kapitän zur See Magnus von Levetzow. Dieser wurde von Granier als Mensch und Offizier charakterisiert, der zu „strategischem Denken im Grunde nicht fähig war“, als Katastrophenstrategie, der sich von der Realität hoffnungslos entfernte (Granier, 1989; S. 21-22). Er war jedoch bei seinen Untergebenen beliebt und setzte sich von der grassierenden Borniertheit seiner Kaste insofern ab, als er auch an technischen Fragen großes Interesse hatte. (Granier, 1989)

Im Ringen um einen offensiven Einsatz der Hochseeflotte, sowie dem Kampf um den uneingeschränkten U-Bootkrieg und dem damit verbundenen innenpolitischen Streit um die Kriegsziele, verband sich die überwiegende Mehrheit des Seeoffizierskorps mit politischen Kräften, „die zu den schärfsten und erbittertsten Gegnern der Regierung gehörten.“ (Deist, 1966; S. 343) Scheer hatte sich mit Beginn der Diskussion im Nov./Dez. 1914 für die verschärfte Form des U-Bootkriegs eingesetzt, die von der Regierung abgelehnt wurde. Diese Form der Seekriegsführung wurde im Februar 1915 durchgesetzt. Im Mai desselben Jahres, nach der Versenkung der LUSITANIA, wurde sie aber wieder eingeschränkt. Jedoch setzte die militärische Führung im Februar 1917, erneut gegen die Meinung der politischen Führung, die einen Kriegseintritt der USA befürchtete, den uneingeschränkten U-Boot-Krieg durch (mit dem Argument man könne dadurch Großbritannien in sechs Monaten besiegen und die Truppen der USA kämen zu spät auf den europäischen Kriegsschauplatz). Der erneute uneingeschränkte U-Bootkrieg zusammen mit dem Bekanntwerden des sog. Zimmermann-Telegramms führte dann tatsächlich zum Kriegseintritt der USA und damit zur Besiegelung der Niederlage der Achsenmächte. Gleichzeitig wurde damit die Friedensinitiative Wilsons vom Dezember 1916 vereitelt. Matthias Erzberger zitiert dazu in einer Rede vor dem Reichstag 1919³ Albrecht Graf von Bernstorff:

¹ Kurzdarstellung der Marineorganisation und des Prozesses zur SKL in (Granier, 1999)

² Siehe auch: Wolz, N., „*Und wir verrosten im Hafen*“, dtv, München, 2013.

³ Aus: Reichstagsprotokolle, 1919/20,3 ; Nationalversammlung. 66. Sitzung. Freitag, den 25. Juli 1919.

Verhandlungen des Deutschen Reichstags und seiner Vorläufer. Abgerufen April 2014, unter:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt2_wv_bsb00000012_00474.html

<http://www.kurkuhl.de>

... als die Berliner Zivilverwaltung vor der Übermacht der militärisch-seemännischen Richtung die Segel gestrichen hatte. [...] Dieser Augenblick war der Höhepunkt der deutschen Tragödie. Die gerade damals eingeleitete Vermittlungsaktion Herrn Wilsons wurde durch unsere Schuld vereitelt und der Krieg verloren.

Der neuen parlamentarisch legitimierten Regierung stand das Seeoffizierskorps noch feindlicher gegenüber. Ende Oktober 1918 hatte Levezow Vizekanzler von Payer als einen „kleinen jämmerlichen Parteigänger ohne Sinn und Verstand für nationale Würde und Ehre“ bezeichnet. (Deist, 1966) Diese persönliche Diffamierung geschah im Gleichklang mit OHL und evangelischer Kirche. In der „Evangelischen Kirchenzeitung“ Nr. 43/1918 hieß es: Den Vizekanzler von Payer könne man nur in dem Sinne einen Staatsmann nennen, wie man einen netten Bankbeamten wohl auch mal „Herr Bankdirektor“ anredet. (Mehnert, 1959)

Als eine der ersten Maßnahmen der neu gebildeten SKL initiierte Scheer im Sommer 1918 ein riesiges U-Bootbauprogramm unter dem Namen „Scheer-Programm“. Das Material wäre nach den Untersuchungen Deists vorhanden gewesen, aber die dafür notwendigen Arbeitskräfte hätten zu einem großen Teil dem Feldheer entzogen werden müssen. Das Programm war deshalb illusorisch.

Die Umorganisation führte zu großen personellen Umschichtungen, was insbesondere die Einsatzfähigkeit der Hochseeflotte weiter einschränkte. Der U-Bootkrieg erforderte einen steigenden Bedarf an insbesondere jüngeren Offizieren, die üblicherweise in der Flotte den Kontakt zur Mannschaft halten sollten. Sie standen dieser damit nur noch in ungenügender Zahl zur Verfügung. Dies war auch eine wichtige Randbedingung für die Meuterei vor Wilhelmshaven und den Kieler Matrosenaufstand.

Waffenstillstandsforderung Ludendorffs

Am 29. September 1918. wurde Scheer von Ludendorff über die Waffenstillstandsforderung der OHL unterrichtet. Danach erklärte der Kaiser Scheer und Levezow, dass bereits die Einstellung des U-Bootkriegs während der erwarteten Friedensverhandlungen vorgesehen worden war, ohne dass die SKL gehört worden war. Am 1. Oktober machte der Staatssekretär des Auswärtigen Amts von Hintze seine Forderungen in einem Gespräch mit dem stellvertretenden Chef des Admiralstabes in Berlin, noch deutlicher und erklärte, dass eine Voraussetzung für den von der OHL geforderten Abschluss eines Waffenstillstands die Einstellung des U-Bootkrieges während der Dauer des Waffenstillstands sei. Gleichzeitig erreichte die Lagebeurteilung des Chefs der Operationsabteilung der OHL, Oberst Heye, Admiral Scheer, die unmissverständlich klarmachte, dass der Krieg verloren sei und Frieden geschlossen werden müsse. („Es handelt sich nicht um Panik sondern um eine Erkenntnis, zu deren Ausspruch man sich nicht rechtzeitig entschließen konnte.“) (Deist, 1966)

Im Gegensatz dazu bestätigte Ludendorff jedoch Scheer am 6. Oktober, dass die auszuhandelnden Bedingungen einer Wiederaufnahme der Kämpfe nicht im Wege stehen dürften. (Deist, 1966)

Am 10. Oktober 1918 wurde das Schiff RMS⁴ LEINSTER, ein Passagierschiff der Reederei City of Dublin Steam Packet Company aus Dublin durch das deutsche U-Boot UB 123 versenkt. Von den 773 Passagieren und Besatzungsmitgliedern starben 531. Dies war einer der größten Verluste von Menschenleben durch die Versenkung eines zivilen Schiffs im Ersten Weltkrieg nach der RMS LUSITANIA. Es handelte sich zudem um das bis heute schwerste Schiffsunglück in der Irischen See.⁵ Wilson verschärfte daraufhin die Bedingungen deutlich. Eine Einstellung bzw. Milderung des

⁴ Abkürzung für Royal Mail Steamer; nach Lecane, P., *Torpedoed! The R.M.S. Leinster Disaster*, Periscope Publishing Ltd., Penzance, 2005.

⁵ Siehe Lecane, P., *Torpedoed!* (Wie Anm. 4)

uneingeschränkten U-Bootkrieges war nun gefordert. Wilson erklärte in seiner Note, die am 15. Oktober bekannt wurde:

... einen Waffenstillstand in Erwägung zu ziehen, solange die bewaffneten Streitkräfte Deutschlands ihre gesetzwidrigen, unmenschlichen Handlungen fortsetzen. In der gleichen Stunde, wo die deutsche Regierung sich an die amerikanische mit Friedensvorschlägen wendet, sind die deutschen U-Boote damit beschäftigt, auf der See Schiffe zu versenken und nicht nur diese Schiffe selbst, sondern auch die Rettungsboote⁶, worin die Passagiere und Mannschaften ihr Leben zu retten versuchten.

Nach Ansicht von Ann B. Sides, einer amerikanischen Diplomatin (a.D.), Journalistin und Kommunikationswissenschaftlerin, hatte Deutschland mit der Versenkung der LEINSTER seine Chance auf einen großzügigen Frieden, zu dem Wilson durchaus geneigt war, verspielt. Wilson glaubte nicht mehr an die Ernsthaftigkeit der Deutschen⁷. Angesichts der wiederholten Auseinandersetzungen zwischen Politik und Militär um die Frage des uneingeschränkten U-Bootkrieges musste den Seeoffizieren (und auch dem Kommandanten von UB-123) klar gewesen sein, dass eine weitere Herausforderung der USA zu ernststen Konsequenzen bezüglich Waffenstillstand und Friedensschluss führen musste.

Scheer bestand jedoch auf dem uneingeschränkten U-Bootkrieg, versicherte sich der Rückendeckung Ludendorffs – OHL und SKL nahmen somit das Scheitern der Verhandlungen in Kauf - und verschärfte die Auseinandersetzung zu einer prinzipiellen Kontroverse zwischen politischer Führung, die eine Einstellung als Vorleistung für notwendig erachtete, und militärischer Führung. Beide Seiten riefen die Entscheidung des Kaisers an, und schließlich wurde die Ankündigung der Einstellung des Handelskrieges mit U-Booten mit kaiserlicher Billigung in die Antwortnote an Wilson aufgenommen. (Deist, 1966)

Planungen zum Flottenvorstoß

Bei der Unterrichtung der Flottenleitung durch die SKL stand die Lagebeurteilung Oberst Heyes im Vordergrund. Der Gedanke eines letzten Aufgebotes, Ludendorff in den Mund gelegt, taucht auf. Dieser habe auch durchblicken lassen, dass England wohl die Auslieferung der Flotte verlangen würde. Daraufhin entwickelte der Chef des Stabes des Hochseekommandos Konteradmiral Adolf von Trotha am 6. Oktober seine „Überlegungen in ernster Stunde“, die vom Flottenchef Admiral Franz Ritter von Hipper gebilligt und am 8. Oktober der SKL übersandt wurden. (Deist, 1966) U.a. heißt es:

Der Flotte steht ein solcher Schlußkampf als höchstes Ziel vor Augen ... auch wenn er ein Todeskampf wird ... [daraus] wird ... eine neue deutsche Zukunftsflotte hervorstechen; einer durch schmachvollen Frieden gefesselten Flotte ist die Zukunft gebrochen.

Bereits am 10. Oktober legte Trotha Hipper den Plan zu einem Vorstoß der Flotte in die Straße von Dover zur grundsätzlichen Genehmigung vor. Der Kreis der Mitarbeiter an der Ausarbeitung des endgültigen Operationsbefehls sollte auf die Admiralstabsoffiziere des Flottenkommandos beschränkt bleiben. Mit Zustimmung Hippers begannen nun die Arbeiten an dem O-Befehl (Operationsbefehl) Nr. 19 vom 24. Oktober 1918. (Deist, 1966) Die Planungen konnten dabei auf vorhandene Überlegungen aus dem Frühjahr 1917 und aus dem April 1918 aufbauen. Die Pläne waren beide Male abgelehnt worden, da die Bedingungen für die deutsche Flotte zu ungünstig seien

⁶ Die deutsche Regierung antwortete darauf, dass dies auf keinen Fall absichtlich erfolgt sei. UB 123 wurde durch eine Mine wenige Tage später versenkt, wobei alle Besatzungsmitglieder umkamen. Der Vorwurf eines absichtlichen Beschusses der Rettungsboote wurde offenbar später nicht weiter thematisiert.

⁷ Sides, A.B., 'When submarine UB-123 attacked the ferry Leinster, it torpedoed Germany's last hope for a 'soft peace' in 1918', *Military History*, Herndon, Oct., Vol. 15, Issue 4, 1998, pp. 24.

Der Artikel ist auch zugänglich unter (Stand 12.Aug. 2014):

<http://uboat.net/forums/read.php?23,68883,68883,quote=1>

<http://www.kurkuhl.de>

(Abschneiden des Rückzugs). Bei Groß finden sich eine detaillierte Beschreibung und ein Übersichtsplan zum Flottenvorstoß. (Groß, 1999)

Die SKL billigte den Plan in einem Antwortschreiben Levetzows vom 11. Oktober („Es wird solange wir noch kämpfen können, nie und nimmer zugegeben werden, im Friedensschluß einem Vertrag zuzustimmen, der auf eine Verschlechterung oder Verkümmern unserer Flotte ausgeht.“)

Deist resümiert: „Die Rechtfertigung für den Einsatz der Flotte wurde nicht in strategischen Notwendigkeiten, nicht in der durchaus möglichen Entlastung der schwerkämpfenden Armee gesucht, sie wurde vielmehr von den verantwortlichen Männern der SKL allein in einem traditionellen Ehrenkodex, dessen Basis im Zeichen der totalen Mobilisierung aller Volkskräfte im Kriege immer schmaler und brüchiger geworden war, gefunden.“ (Deist, 1966; S. 355)

An anderer Stelle schreibt Deist: „... so wird kein Zweifel mehr daran möglich sein, dass das pathetische Wort Trothas vom 8. Oktober von dem ‚in Ehren untergehen‘ mit dem Flottenvorstoß Wirklichkeit werden sollte.“ (Deist, 1966; S. 360)

Auch Groß bestätigt, dass eine Entlastung des Landheeres nicht beabsichtigt war. Er unterstützt Deists Ansicht zu den Motiven von SKL und Flottenleitung, aber er merkt kritisch an - unter Anführung angelsächsischer Quellen - dass die militärische Rationalität des Unternehmens von Deist nicht ausreichend berücksichtigt worden sei. Er kommt zu dem Schluss, dass SKL und Flottenführung keine Todesfahrt im Sinne eines Selbstmordkommandos planten, jedoch eine schwere Niederlage billigend in Kauf nahmen. (Groß, 1999) Bei der Diskussion der Erfolgsaussichten des Flottenvorstoßes durch Groß ist jedoch m. E. die Gesamtlage Deutschlands und die Kampagne zum „ehrvollen Untergang“ seitens OHL, Vaterlandspartei und evangelischer Kirche zu berücksichtigen. Dazu weiter unten mehr.

Admiral Scheer unternahm noch einen Versuch den Reichskanzler umzustimmen und ihm zumindest eine Befristung des Zugeständnis über die Einstellung des U-Bootkrieges abzurufen – auch dies vergeblich. Während der Unterredung fiel von Scheer das Wort, das später als Unterrichtung und Billigung des Flotteneinsatzes ausgegeben wurde. Das Kriegstagebuch der SKL vermerkt: „... die Hochseeflotte sei nunmehr ihrer Bindung in ihrer operativen Freiheit durch Aufgabe des Ubootkrieges ledig.“ Laut Kriegstagebuch gab es keine irgendwie geartete Antwort des Kanzlers, was umso erstaunlicher ist, als dieser zuvor sehr deutlich seine Forderungen zum Ausdruck gebracht hatte: „Er beschwor dann den Admiral noch auf das eindringlichste, dass sich die Marine in das Unabänderliche fügen müsse, da Zwischenfälle, die die Friedensaktion stören könnten, auf jeden Fall vermieden werden müssten.“ (Deist, 1966)

Deist sieht es als gesichert an, dass die SKL weder den Kaiser noch den Reichskanzler von ihrer konkreten Absicht und noch weniger vom Ausmaß der geplanten Operation unterrichtet hat. Sie hielt ihre Hinweise betont allgemein, weil sie Eingriffe der Reichsleitung befürchtete. Dies sieht Deist als Beweis dafür an, dass sich die SKL über die Regelwidrigkeit ihres Verfahrens durchaus im Klaren war. (Deist, 1966)

Im Gegensatz zur Regierung war Ludendorff jedoch über die Absichten der SKL informiert. Er wurde von Scheer um Geheimhaltung gebeten. Der Plan der SKL entsprach den Zielen und Erwartungen der OHL. Ludendorff hatte sich eine „kräftige Ohrfeige“ Wilsons für das Berliner Kabinett erhofft, d.h. amerikanische Forderungen, die den Reichskanzler und mit ihm das Kriegskabinett zum Abbruch der Verhandlungen zwingen würden. (Deist, 1966) Dies sah er mit den Noten Wilsons vom 14. und 23. Oktober als gegeben an (die erst durch den LEINSTER Zwischenfall so drastisch ausfielen). Ohne jedoch die Entscheidung der Regierung abzuwarten, versuchte Ludendorff diese mit seinem Armeebefehl vom 24. Oktober, der von Hindenburg unterzeichnet wurde, auf seine Linie zu zwingen:

„Zur Bekanntgabe an alle Truppen. Wilson sagt in seiner Antwort, er wolle seinen Bundesgenossen vorschlagen, in Waffenstillstandsverhandlungen einzutreten. Der Waffenstillstand müsse aber Deutschland militärisch so wehrlos machen, dass es die Waffen nicht mehr aufnehmen könne. Über einen Frieden würde er mit Deutschland nur verhandeln, wenn dies sich den Forderungen der Verbündeten in bezug auf seine innere Gestaltung völlig füge [...] Wilsons Antwort kann daher für uns Soldaten nur die Aufforderung sein, den Widerstand mit äußersten Kräften fortzusetzen. Wenn die Feinde erkennen werden, daß die deutsche Front mit allen Opfern nicht zu durchbrechen ist, werden sie zu einem Frieden bereit sein, der Deutschlands Zukunft grade für die breiten Schichten des Volkes sichert.“

– Im Felde, den 24 Oktober, abends 10 Uhr, gez. v. Hindenburg

Dieser Armeebefehl und der O-Befehl Nr. 19 der Flotte, beide vom 24. Oktober 1918, „waren die Konsequenzen, die von der obersten Führung der Armee und der Marine in seltener Einheitlichkeit⁸ des Denkens und Handelns aus der politischen, nicht militärischen Situation gezogen wurden.“ (Deist, 1966; S. 359) Bezeichnend ist, dass erst ein von einem Seeoffizier provozierter Zwischenfall zu der drastischen Verschärfung der Bedingungen geführt hatte (Torpedierung der LEINSTER).

Parallel führte die Vaterlandspartei⁹ Kundgebungen durch, und die evangelisch/lutherische Kirche unterstützte diese Bestrebungen durch Einschwören ihrer Gläubigen auf einen ehrenvollen Untergang. (Mehner, 1959)

Der Armeebefehl führte zwei Tage später zur Entlassung Ludendorffs, da seine Position durch sein Eingeständnis der Niederlage, die Bildung der parlamentarisch legitimierten Regierung, steigenden Widerstand in der Arbeiterschaft, wachsenden Vorbehalten in Teilen des Bürgertums sowie die ablehnende Haltung Kaiser Wilhelms II. inzwischen deutlich geschwächt war.

⁸ Die Gegensätze zwischen Heer und Marine lagen hauptsächlich in der Verteilung der Ressourcen begründet. Werner Rahn schreibt dazu: „Im maritimen Rüstungswettlauf konnte das Reich nach dem Übergang zum Großkampfschiffbau nicht mithalten, da die Ressourcen nicht ausreichten, um alle Rüstungsforderungen des Heeres und der Marine gleichzeitig zu erfüllen.“ (Rahn, W., 'Zwölf Thesen zur Entwicklung deutscher Marinen', Rahn, W. (Hrsg.), *Deutsche Marinen im Wandel*, R. Oldenbourg Verlag, München, 2005)

⁹ Wikipedia, 2014: Die Deutsche Vaterlandspartei (DVLP) war eine rechtsradikale deutsche Partei, die in der Schlussphase des Ersten Weltkrieges aktiv war. Die Partei griff Elemente konservativer, nationalistischer, antisemitischer und völkischer Ideologien auf; sie gilt organisationsgeschichtlich als präfaschistisches Scharnier zwischen der wilhelminischen Rechten und dem neuen Rechtsradikalismus der Nachkriegszeit. Anfang September 1917 aus Anlass der von den DVLP-Protagonisten abgelehnten Friedensresolution ins Leben gerufen, verschaffte die Partei der offen antidemokratischen Strömung des radikalen Nationalismus erstmals die parteipolitische Massenbasis, die der an der Parteigründung beteiligte Alldeutsche Verband seit den 1890er Jahren angestrebt hatte. Innenpolitisch kündigte die Vaterlandspartei den „Burgfrieden“ von rechts auf. Sie plädierte für einen repressiven Kurs gegenüber der Arbeiterbewegung und griff auch bürgerliche Politiker heftig an, die sich – wie Matthias Erzberger – für eine Reform des politischen Systems unter Einbeziehung der SPD aussprachen. Die Parteiführung verfolgte den Plan, mit Hilfe eines „starken Mannes“ einen autoritären Staatsumbau einzuleiten und dabei den Reichstag und die Linksparteien auszuschalten. Im äußersten Fall sollte auch der „zu weiche“ Wilhelm II. bei einer sich bietenden Gelegenheit für regierungsunfähig erklärt und der weit rechts stehende Kronprinz zum Regenten ernannt werden. Außenpolitisch trat die Vaterlandspartei für einen deutschen „Siegfrieden“ und ein umfassendes Programm direkter und indirekter Expansion ein. Mit ihren Kampagnen gegen einen „Verzichtfrieden“ oder „Judenfrieden“ genannten Verständigungsfrieden und gegen „Schlappheit“ und „Verrat“ an der „Heimatfront“ legte die DVLP den Grundstein für den Nachkriegsdiskurs über die „Novemberverschönerer“ und den „Dolchstoß“.

Geführt wurde die Vaterlandspartei von Alfred von Tirpitz (1. Vorsitzender) und Wolfgang Kapp (2. Vorsitzender). Ehrevorsitzender der Partei war Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg. Der Partei gehörten – oft in zumindest regional herausgehobener Position – viele führende Industrielle, Großgrundbesitzer und Wirtschaftsverbandsfunktionäre an, darunter Max Roetger, Wilhelm von Siemens, Carl Duisberg, Carl Ziese, Ernst von Borsig, Hugo Stinnes, Emil Kirdorf, Jakob Wilhelm Reichert, Alfred Hugenberg, Ernst Schweckendieck, Conrad Freiherr von Wangenheim und Hermann Röchling.

Umsetzung der Planung und Scheitern

Die Verbandschefs mit ihren ersten Gehilfen wurden für den 29. Oktober um 20:00 Uhr zur Unterrichtung über den für den 30. Oktober vorgesehenen Flottenvorstoß auf das Flaggschiff des Flottenchefs befohlen.

Zwei Stunden später am selben Abend (29. Oktober) berichtete der Chef des III. Geschwaders, Vizeadmiral Kraft, dass auf drei seiner fünf Linienschiffe (KÖNIG - Flottenflaggschiff, MARKGRAF und KRONPRINZ WILHELM) Ausschreitungen vorgekommen seien. Außerdem wurden Äußerungen der Besatzungen übermittelt, die klar zum Ausdruck brachten, dass sie passiven Widerstand gegen den Einsatz der Flotte üben würden, der ihrer Meinung nach das Ziel habe, die Übergabe der Schiffe nach Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen durch ihre Versenkung bei der geplanten Unternehmung zu verhindern. Dem waren bereits andere bedenkliche Vorkommnisse vorausgegangen; Deist verweist auf eine Zusammenstellung bei K. Zeisler, *Die revolutionäre Matrosenbewegung in Deutschland im Oktober/November 1918*, S. 193 ff. (Deist, 1966)

Die Admirale gaben ihren Plan nach einigen weiteren Anläufen schließlich auf¹⁰ und zogen die Flotte auseinander. Das III. Geschwader wurde in den Heimathafen Kiel geschickt, wo die Arbeiter bereits für einen Streik zur Durchsetzung eines Friedens agitierten¹¹. Nach wenigen Tagen kam es dann zum Kieler Matrosenaufstand. Eine wesentliche Forderung der Matrosen war die Verhinderung des Auslaufens der Hochseeflotte.

Verschleierung und Abwälzung der Verantwortung

Hipper leugnete in einem Brief an die Besatzungen jegliche Angriffsabsichten und stellte die Pflicht zur Verteidigung der bedrohten Seegrenzen in den Vordergrund. Am 1. November wurde die Vernichtung der vom Flottenkommando herausgegebenen Operationsbefehle angeordnet.¹² Insbesondere Trotha versuchte mit allen Mitteln, dem Offizierskorps die Rückendeckung der Regierung zu sichern. Die SKL nahm diesen Gedanken auf und nutzte die Gelegenheit der Unterrichtung des Kaisers und Hindenburgs, um diese zu veranlassen, in diesem Sinne auf die Regierung einzuwirken. In einem Fernschreiben des Hochseekommandos (HSK) an die SKL heißt es: „Regierung muss daher durch schriftlichen Erlaß unzweideutig erklären, daß Vorbedingung für ihre Friedenspolitik unbedingte Disziplin und daß alle Anordnungen und Maßnahmen der Kommandostellen im Sinne Auftrag der Regierung erfolgen.“ Die Regierung ließ sich darauf ein. Nach der Erinnerung des Prinzen Max von Baden hatte der Staatssekretär des Reichsmarineamts Ritter von

¹⁰ Während etwa der Gründer des Deckoffizierbundes Alboldt durchaus die Möglichkeit gesehen hat, dass der Vorstoß trotz des Widerstands noch hätte stattfinden können und er den Seeoffizieren vorschnelle Kapitulation vorwarf (Alboldt, E., *Die Tragödie der alten deutschen Marine*, Amtliches Gutachten erstattet vor dem Untersuchungsausschuß des Deutschen Reichstages, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin, 1928, S. 141-143), sah beispielsweise Güth keine Möglichkeit mehr für die SKL und die Flottenleitung (Güth, R., *Marineführung und Meuterei 1918*, *Schiff und Zeit*, Deutsche Gesellschaft für Schiffs- und Marinegeschichte, 7, 1978, S. 1-8).

¹¹ Nach Unterlagen im Bundesarchiv/Marinearchiv (RM 31/2373) wurde in dieser Zeit unter den Arbeitern der Germania-Werft für eine Annahme der Forderungen Wilsons agitiert. In einem Fernschreiben der Osteestation an das Marineamt und das Kriegsamt vom 18.10.1918 heißt es: „Nach Mitteilung eines Vertrauensmannes wird im Betriebe der Germaniawerft von Mund zu Mund für einen Demonstrationsstreik zu Gunsten der Annahme der Wilsonschen Forderungen agitiert. Dieser Demonstrationsstreik sei für die nächsten Tage zu erwarten.“ Dies könnte den Verdacht aufkommen lassen, dass man das Geschwader absichtlich dorthin geschickt hatte, um die Schwierigkeiten für die neue Regierung zu potenzieren. Der Kieler Gouverneur war nicht gefragt worden. Als er davon erfuhr, war es zu spät, das Geschwader war eingelaufen und Landurlaub war erteilt worden. Souchon versuchte das Geschwader möglichst schnell wieder loszuwerden. (Siehe Küsel, Konteradmiral a.D., Beitrag zur Geschichte des revolutionären Umsturzes in der Kaiserlichen Marine und in Kiel. November 1918, erstellt vermutlich nach 1933. Bundesarchiv-Militärarchiv: RM 8/1026)

¹² Stegemann, B. *Die Deutsche Marinepolitik 1916-1918*, Historische Forschungen Band 4, Duncker & Humblot, Berlin, 1970.

Quelle: Rosentreter, R., *Blaujacken im Novembersturm – Rote Matrosen 1918/1919*, Dietz Verlag, Berlin, 1988.

Die Regierung wurde somit dazu gebracht „die Konsequenzen einer ihr verheimlichten, verfehlten und gescheiterten Aktion zu tragen“ (Deist, 1966; S. 366). Jedoch verlangte die Regierung Aufklärung. Levetzow und Trotha präsentierten daraufhin eine Version, die nach Deist in wechselnder Form in der literarischen Diskussion seither immer wieder zum Vorschein gekommen ist (Deist, 1966): Die Seekriegsleitung habe nach Einstellung des uneingeschränkten U-Bootkrieges nunmehr die rein militärische Verwendung der U-Boote in größerem Maßstab durch Auslegen von U-Bootlinien außerhalb der Deutschen Bucht geplant. Um den Feind an die U-Bootlinien heranzuführen, sollte die Flotte einen Ausfall in der Richtung der Hoofden (niederländische Bezeichnung der südlichen Nordsee nördlich der Straße von Dover). Damit sollten die U-Bootlinien zur erhöhten Verteidigung der Deutschen Bucht und in Zusammenarbeit mit der Flotte zur Abwehr eines Angriffes auf die deutschen Küsten dienen. (Deist, 1966)

Generelle Einordnung und Diskussion

Adel, Bürgertum, Arbeiterschaft

In den 1890er Jahren erreichten die innenpolitischen Spannungen im Kaiserreich einen Höhepunkt. Die ostelbischen Großgrundbesitzer, seit der Reichsgründung eine tragende Säule der politischen Führung des Reiches, sahen sich durch billige Lebensmittelimporte massiven wirtschaftlichen Schwierigkeiten ausgesetzt. Währenddessen forderten sowohl das aufstrebende Bürgertum, insbesondere die Industriellen, aber auch die Arbeiter mehr politische Mitspracherechte, denn die Mitwirkung des Reichstages am politischen Alltag beschränkte sich größtenteils auf die Kontrolle der Staatsausgaben. Infolge der Spannungen, die sich regelmäßig im Parlament entluden, stand der Fortbestand der monarchistischen Verfassung in Frage; eine Konstitutionalisierung des Systems nach britischem Muster wurde von den herrschenden Eliten jedoch strikt abgelehnt.¹⁴

Flottenbauprogramm und Seeoffizierskorps

Während rechtskonservative Kreise schon ein gewaltsames Vorgehen gegen Reichstag, Liberale und Sozialdemokraten in Betracht zogen, wurde im Flottenbau ein Mittel gefunden, mit welchem eine Stabilisierung der Verhältnisse erreicht werden sollte. Zwischen Großagrariern und Bürgertum wurde eine Art Waffenstillstand geschlossen¹⁵:

- Durch die Zustimmung der Großagrariern zu den staatlichen Flottenrüstungsaufträgen konnte das industrielle Bürgertum mit erheblichen Umsatzsteigerungen rechnen.
- Dafür unterstützte das Bürgertum die Forderung der Großagrariern nach neuen Schutzzöllen für ihre landwirtschaftlichen Produkte.
- Durch die erhoffte Vollbeschäftigung und Lohnsteigerungen sollte auch die Arbeiterschaft zufriedengestellt und damit die SPD geschwächt werden.

Andererseits erschien das Reich 1871 stark genug nach der Hegemonie in Europa zu greifen. Überall auf der Welt sollte der deutschen Stimme Geltung verschafft werden. Wilhelm II. wurde der

¹⁴ Vergleiche: Wikipedia, Die freie Enzyklopädie (2014). Flottengesetze. Aufgerufen 26. Juni 2014, unter: <https://de.wikipedia.org/wiki/Flottengesetze>

¹⁵ Siehe Fußnote 7.

wichtigste Repräsentant dieser Tendenz. Wegen seiner Mittellage war Deutschland jedoch potenziell bedroht, wenn seine Nachbarn gemeinsam gegen den Emporkömmling Front machten. Die britische Regierung gab immer deutlicher zu erkennen, bei dem Versuch einer erneuten Niederwerfung Frankreichs nicht tatenlos zuzusehen. (Granier, 1999)

Kaiser Wilhelm II. berief den Konteradmiral von Tirpitz zum Leiter des Reichsmarineamtes, und dieser entwickelte ein langfristiges Konzept zum Aufbau der Marine. Mit Hilfe der Flottengesetze sollte die Schaffung einer schlagkräftigen deutschen Hochseeflotte unter größtmöglicher Umgehung des Parlaments ermöglicht werden. Diese führten zum Deutsch-Britischen Marine-Wettrüsten, das zu den Auslösern des Ersten Weltkriegs gezählt wird. Außerdem trug dies zur Einkreisung Deutschlands bei (Zweifrontenkrieg), da England eine Verständigung mit Frankreich und Russland suchte.¹⁶

Groß stellt die Überlegungen der SKL und der Flottenleitung am Ende des Ersten Weltkrieges in den Zusammenhang der gesamten Entwicklung der Kaiserlichen Marine. Diese war Sinnbild der neuen Reichsgründung als Trägerin nationalen Gedankenguts und verkörperte als gesamtdeutsche Streitmacht - im Gegensatz zum Heer, das nach wie vor teilstaatlich organisiert war - die Einheit der Nation. (Groß, 1999)

Während die Armee mit den alten Eliten für die Sicherung der kontinentalen Großmachtposition stand, verkörperte die Marine das vom Bürgertum getragene Symbol des Strebens nach Weltgeltung. Die Seeoffiziere sahen sich als die Elite, die den Anspruch auf diese Weltgeltung des Kaiserreichs zu realisieren hatte. Sie fühlten sich als Träger des Hohenzollernstaates. (Groß, 1999) Weltgeltung für das deutsche Kaiserreich konnte nur über die Herausforderung Großbritanniens, der damals größten Seemacht, die Deutschland den ihm zukommenden Platz an der Sonne nicht gewähren wollte, realisiert werden. In der damaligen Vorstellung sollte dies durch eine große Seeschlacht gleich am Anfang des Krieges nahe Helgoland erfolgen. (Groß, 1999)

Groß merkt in diesem Zusammenhang an, dass Politik den meisten Seeoffizieren als Träger des Hohenzollernstaates wesensfremd gewesen sei¹⁷. Diese nicht näher begründete Aussage muss jedoch stark bezweifelt werden. Zum Beispiel trafen die politischen Bestrebungen für eine Beendigung des Krieges 1917 auf eine harte Reaktion der Seeoffiziere. Es gab empfindliche Strafen, und Köbis und Reichpietsch wurden erschossen. Die Nähe der Seeoffiziere zu den Alldeutschen und der Vaterlandspartei wurde nach dem Krieg überdeutlich, als viele nach Verlassen der Marine deren Nachfolgeorganisation DNVP (Deutschnationale Volkspartei) beitraten, darunter auch Levetzow. (Granier 1989; S. 118) Auch die Rolle der Seeoffiziere während des von Kapp, neben Tirpitz Zweiter Vorsitzender der Vaterlandspartei, organisierten Putsches spricht eine deutliche Sprache. Levetzow sah sich nach dem Ersten Weltkrieg im politischen Gleichklang mit Ludendorff¹⁸, und die Abstimmung der Planungen der SKL im Oktober 1918 mit der OHL legt nahe, dass dieser Gleichklang auch bereits damals bestand. (Granier 1989; S. 119) Deist weist außerdem darauf hin, dass sich das Seeoffizierskorps in der Durchsetzung des uneingeschränkten U-Bootkrieges mit den schärfsten Kritikern der Regierung verband. (Deist, 1966)

¹⁶ Siehe Fußnote 7.

¹⁷ Vermutlich ist dies im subjektiven Sinne gemeint. Siehe dazu auch Thomas Scheerer: „Wer zum [Marine-] Offizierskorps gehörte, zählte wahrhaftig zur Elite der Nation. Das Offizierskorps der Kriegsmarine verstand sich subjektiv als unpolitisch. Eine antidemokratische, königstreue und patriotische Haltung in einem spezifisch konservativen Sinne galt aber als selbstverständlich.“ (Scheerer, T., 'Die Marineoffiziere der Kaiserlichen Marine im Ersten Weltkrieg', Rahn, W. (Hrsg.), *Deutsche Marinen im Wandel*, Oldebourg Verlag, München, 2005, S. 274)

¹⁸ Mehnert schreibt über die Vaterlandspartei: „Hinter ihr stand Ludendorffs politischer Einfluß.“ (Mehnert, 1959)

Die Vorstellung eines ehrenvollen Duells blieb in den Köpfen der Seeoffiziere; die sich rapide ändernde Realität wurde verdrängt. Seit 1908 sah sich Tirpitz mit dem unausweichlichen Scheitern seiner Bemühungen konfrontiert. Alle der Flotte zgedachten Funktionen konnten nicht erfüllt werden (Deist, 1966), (Granier, 1989), (Groß, 1999):

- Es gelang nicht, die ursprünglich geforderte Stärke im Vergleich mit der britischen Flotte zu erreichen. Weder konnte man die Briten durch forciertes Wettrüsten zum Einlenken bringen – die Rüstungsspirale drohte viel eher Deutschland statt Großbritannien in den Ruin zu treiben – noch war Großbritannien durch Drohung zu einem Bündnis zu zwingen. Am Ende waren die deutsch-britischen Beziehungen schlechter als je zuvor seit 1871.
- Die Sammlung der „nationalen Kräfte“ zerbrach an den immensen Kosten, die Tirpitz nacheinander die Unterstützung der Großagrarien, des Reichskanzlers und schließlich auch des Kaisers kostete.
- Auch das weitere Erstarken der Sozialdemokraten konnte nicht aufgehalten werden: in den Reichstagswahlen vom Januar 1912 wurden sie stärkste Partei.
- Selbst wenn die eigene Flottenstärke im Vergleich zur britischen günstiger gewesen wäre, hätte sie nicht Erfolg versprechend gegen diese eingesetzt werden können, da die Royal Navy 1912 beschloss, im Kriegsfall eine weite Blockade der deutschen Küsten aufzubauen, was eine Entscheidungsschlacht unter günstigen Umständen für die Deutschen höchst unwahrscheinlich machen sollte.
- Zudem besaß Großbritannien seit der Entente Cordiale (1904) und wegen der französisch-britischen Marinekonvention von 1912 die Rückendeckung der französischen Marine, während Deutschland keine vergleichbare Seemacht als Verbündeten hatte.

Zwischen März 1911 und Juli 1913, also bereits parallel zur dritten Flottennovelle von 1912, wurde der Schwerpunkt der Rüstung auf den Heeressektor zurückverlegt, wie etwa die sukzessive Aufstockung der Friedensstärke der Landstreitkräfte in diesem Zeitraum zeigt. Die Flottengesetze hinterließen neben einem riesigen Loch im Staatshaushalt nicht nur eine unfertige Flotte, sondern auch eine in einem schlechten Zustand befindliche, denn um die Neubauten bezahlen zu können, wurde weitestgehend an Personal und Material gespart.

Der Flottenvorstoß

Der Einsatz der Flotte zur großen Seeschlacht wurde von den Entscheidungsträgern verhindert. Der inzwischen favorisierte U-Bootkrieg (mit Hilfe Ludendorffs durchgesetzt) diente als Begründung: Die Flotte werde gebraucht, um den Einsatz der U-Boote zu decken, eine Seeschlacht berge ein zu hohes Risiko. Die große Mehrheit der Seeoffiziere versuchte jedoch weiterhin einen Einsatz zu erreichen. Mit der Etablierung der einheitlichen Seekriegsleitung war es dann den Seeoffizieren Mitte 1918 endlich gelungen, den Kaiser aus der direkten Führung auszuschalten, der Weg zum großen „Showdown“ mit Großbritannien schien frei. Aber nun musste Ludendorff, der ihnen bei der Erzielung der Weltgeltung auf dem Kontinent den Rücken frei halten sollte, endlich eingestehen, was schon seit Ende 1914 den Eingeweihten klar war, dass nämlich der Krieg verloren war. (Granier, 1999; S. 9)

Damit stand alles auf dem Spiel, wofür das Seeoffizierskorps stand: Das Weltmachtstreben angeführt durch die militärische Elite, die Träger des Nationalstaates und des Hohenzollernreiches. Die Seeschlacht bot die letzte Chance – auch wenn sie ein Selbstmordkommando geworden wäre – zu beweisen, dass ihr Weltbild stimmte und dass Deutschland sich in der langfristigen Perspektive seinen „Platz an der Sonne“ erkämpfen könnte. Der Flottenvorstoß war eine „marineinterne Ehren- und Existenzfrage“ (Groß, 1999).

Entsprechend setzten SKL und Flottenleitung alle Hebel in Bewegung. Scheer hatte schon einen Tag nach Ludendorffs Waffenstillstandsforderung die Flotte zusammenziehen lassen. Die

Waffenstillstandsverhandlungen mussten zumindest hinausgezögert werden. Die Torpedierung der LEINSTER vor Irland passte da ausgezeichnet ins Konzept. Außerdem konnte man sich hier auf die OHL, auf die Vaterlandspartei und die evangelische Kirche verlassen. Diesen war es im Verlauf des Krieges immer wieder gelungen, Friedensinitiativen scheitern zu lassen¹⁹. Dabei rollten auch die entsprechenden Köpfe in den jeweiligen Regierungen. Auch das Seeoffizierskorps mischte mit, durch den uneingeschränkten U-Bootkrieg, der ebenfalls dazu beitrug eine Friedensinitiative Wilsons zu Fall zu bringen. Auch im Frieden von Brest-Litowsk setzte die OHL weitreichende Annexionen/Reparationen gegen den Verhandlungsführer den Staatssekretär des Äußeren (vergleichbar einem Außenminister) Kühlmann durch. Die OHL erzwang schließlich den Rücktritt von Kühlmann im Juli 1918.

Die Parole des „ehrvollen Untergangs“ war die Leitlinie aller genannten Kräfte und der O-Befehl Nr. 19 fügte sich nahtlos ein:

Ludendorff hatte den Gedanken eines letzten Aufgebots geäußert und die OHL hatte am 24. Oktober die Soldaten dazu aufgerufen den (aussichtslosen) Widerstand mit äußersten Kräften fortzusetzen.

Die Vaterlandspartei führte Kampagnen durch: Der Tagebuchschreiber Nicolaus Andersen - Ingenieur auf der Germania-Werft in Kiel – beschreibt eine Protestversammlung und eine Kundgebung:

Freitag, den 18. Okt. 1918.

Man sucht in Berlin die Antwort auf Wilsons Note. Amtlich herrscht Schweigen. Allerlei nationale Grüppchen telegraphieren an den Kanzler. In Kiel hat das Großmaul Sanitätsrat Weisner mit Oberfohren²⁰ eine Protestversammlung im Haus der Landwirte²¹.

¹⁹ Erzberger beschrieb in einer Rede vor der Nationalversammlung im Juli 1919, dass eine Initiative Wilsons im Jahre 1917, sowie die päpstliche Initiative vom August 1918 vereitelt wurden, weil die OHL eine Erklärung zur Neutralität Belgiens verhinderte. Siehe: Reichstagsprotokolle, 1919/20,3 ; Nationalversammlung. 66. Sitzung. Freitag, den 25. Juli 1919. Verhandlungen des Deutschen Reichstags und seiner Vorläufer. Abgerufen April 2014, unter: http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt2_wv_bsb00000012_00474.html

²⁰ Wikipedia, 2014: Ernst Oberfohren unterrichtete als Oberlehrer (Studienrat) von 1909 bis 1924 an der Städtischen Höheren Mädchenschule und am Lehrerinnenseminar in Kiel. 1911 nahm er ergänzend ein Studium der Staatswissenschaften an der Universität Kiel auf. Nach dem Ersten Weltkrieg begann Oberfohren sich verstärkt politisch zu engagieren. 1919/1920 gehörte er der Weimarer Nationalversammlung als Abgeordneter für den Wahlkreis Schleswig-Holstein an. 1928 wurde Oberfohren stellvertretender Vorsitzender der DNVP und Vorsitzender des Reichstagsausschusses für Steuerfragen. Am 12. Dezember 1929 übernahm Oberfohren das Amt des Fraktionsvorsitzenden der DNVP im Reichstag, das er etwas über drei Jahre, bis Anfang April 1933 beibehielt. Im Januar 1933 befürwortete Oberfohren ein Zusammengehen der DNVP mit der NSDAP. Nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten im Frühjahr 1933 distanzierte Oberfohren sich von Hugenberg und dessen NSDAP-nahen Kurs. Obwohl er auch noch für das Ermächtigungsgesetz vom März 1933 stimmte, das mit der Zusammenlegung von Legislative und Exekutive die Grundlage für die Errichtung der NS-Diktatur bildete, sah er sich verstärkt politischen Gängelungen ausgesetzt: Er wurde zunächst bespitzelt und mehrmals verhört. Am 29. März 1933 wurde sein Büro und einen Tag später seine Privatwohnung von Nationalsozialisten durchsucht. Obwohl er noch am 22. März als Fraktionsvorsitzender bestätigt wurde, legte er am 30. März sein Reichstagsmandat nieder und zog sich aus der Politik zurück. Am 8. Mai 1933 wurde Oberfohren in Kiel erschossen aufgefunden. Es dominiert die Auffassung, dass er den Schikanen durch die Nationalsozialisten, die er bis zu dieser Zeit hatte erdulden müssen, psychisch nicht gewachsen war und sich deshalb das Leben nahm. Alternativ kursiert die Behauptung, dass der Ernst Röhm nahestehende ehemalige Kampfbundführer Paul Röhrbein Oberfohren als eine den Nationalsozialisten unbequeme Persönlichkeit ermordete und den Mord als Suizid tarnte.

²¹ Der Bund der Landwirte war nach Wikipedia (2014) entschieden monarchisch, antiparlamentarisch, antidemokratisch, dabei ständisch-populistisch eingefärbt, nationalistisch, antisozialistisch und auch ein Gegner des Liberalismus. Der BDL war eine der bedeutendsten antisemitischen Organisationen der 1890er-Jahre. Er griff die in der ländlichen Gesellschaft weit verbreitete Abneigung gegen Handel treibende Juden auf, die als

Alle die nicht mit in den Graben sollen, wollen weiterkämpfen.²²

Sonnabend, den 26. Okt. 1918.

Streit im Büro wegen Hindenburg-Kundgebung, von General-Vietinghof²³ in Stettin angeschlagen. (Politisch ohne Bedeutung.)

Die Evangelische Kirche²⁴, die die Vaterlandspartei in „bedeutendem Umfang“ unterstützte, predigte den „ehrvollen Untergang“. In seiner Analyse der evangelischen Veröffentlichungen und Predigten schreibt Mehnert von apokalyptischen Tönen, von dem Glauben, dass nun ein Gericht über Deutschland, das seinen Auftrag an der Welt nicht erfüllt hatte - nämlich Gottes Strafe über seine (Gottes) Feinde zu bringen - hereinbreche. (Mehnert, 1959)

Unter den Seeoffizieren scheint diese Einstellung ebenfalls verbreitet gewesen zu sein. Afflerbach zitiert Äußerungen von Offizieren, die meinten, es gehe nun darum „mit wehender Flagge unterzugehen“ und der „Untergang in Ehren“ sei einer „schmählichen Kapitulation“ vorzuziehen. (Afflerbach, 2001)

Die Konsequenzen eines „ehrvollen Untergangs“ wurden offenbar kaum thematisiert. Für die evangelische Kirche war es die Apokalypse, das Nachdenken über Konsequenzen erübrigte sich. Doch der Kieler Pastor Otto Baumgarten, einer der wenigen Theologen, die sich der in konservativen Kreisen herrschenden Stimmung widersetzte, erwähnte am 20. Oktober 1918 in einer Predigt: „Man hört jetzt oft ... Lieber mit Ehren untergehen als in Schande weiterleben.“ Baumgarten kommentierte: „... ein ganzes Volk [würde dann] ein entsetzliches Elend durchs Leben zu tragen haben, wenn wir einen aussichtslosen Verzweiflungskampf auf uns nehmen.“ (Mehnert, 1959)

Kaiser Wilhelm II. schrieb 1922 in einem Rückblick: "Die Einen sagen: Der Kaiser hätte sich zu einem Truppenteil der Kampffront begeben, mit ihm auf den Feind stürzen und in einem letzten Angriff den Tod suchen sollen. – Dadurch wäre aber nicht nur der vom Volke heiß ersehnte Waffenstillstand, über den bereits die von Berlin zum General Foch entsandte Kommission verhandelte, unmöglich gemacht, sondern auch das Leben vieler, und gerade der besten und treuesten Soldaten, nutzlos geopfert worden."²⁵

Die Parallelen mit dem „totalen Krieg“ zum Ende des Zweiten Weltkriegs fallen ins Auge. Auch diese von der der Vaterlandspartei ideologisch nahestehenden NSDAP organisierte Kampagne zielte letztlich auf den heroischen Untergang, die "Götterdämmerung". Der „ehrvolle Untergang“ zum Ende des Ersten Weltkriegs hätte vermutlich zu ähnlichen Ergebnissen geführt: Nach weiteren vielen Toten und Verstümmelten (insbesondere unter den Heranwachsenden, die die Haupt- Last des Krieges hätten tragen müssen) sowie großen kriegsbedingten Zerstörungen wären wichtige Wirtschafts- und Infrastrukturzentren – darunter wichtige Häfen - Deutschlands auf lange Zeit von der Entente besetzt worden. Also auch ein nicht sehr wahrscheinlicher Erfolg des Flottenvorstoßes,

"Geldverleiher" oft Gläubiger der vielfach hochverschuldeten Landbevölkerung waren, formte diese Vorurteile im rassistischen Sinn um und verschärfte sie. (Als Quelle wird bei Wikipedia angegeben: Nipperdey, T., *Deutsche Geschichte 1866 - 1918*. Bd. 2: *Machtstaat vor der Demokratie*. München 1998.

²² Auch in weiteren Tagebucheinträgen kommen deutliche Vorbehalte gegen die Vaterlandspartei und die Alldeutschen zum Ausdruck, diese werden von Andersen öfters als „Hallunken“ bezeichnet.

²³ Vermutlich gemeint: Hermann von Vietinghoff (1851–1933), nach Wikipedia (2014) ein preußischer Offizier, zuletzt General der Kavallerie, Flügeladjutant des (weit rechts stehenden) deutschen Kronprinzen (Friedrich Wilhelm Victor August Ernst von Preußen) sowie Kommendator (Leiter und Verwalter einer Ordensniederlassung) des Johanniterordens.

²⁴ Zur Einstellung eines Seeoffiziers zur evangelischen Kirche, siehe im Anhang Ausführungen von Konteradmiral Küsel, der im November 1918 Chef des Stabes bei der Marinestation der Ostsee in Kiel war.

²⁵ Kaiser Wilhelm II, Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918. Leipzig und Berlin: Verlag von K. F. Koehler, 1922, S. 242-246. zitiert nach German History Docs, http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/docpage.cfm?docpage_id=4985

der laut Groß nicht ganz auszuschließen war, hätte eine Vergrößerung des „entsetzlichen Elends“ nach sich gezogen; zum einen den Tod vieler Besatzungsmitglieder und zum anderen eine drastische Verschärfung der Friedensbedingungen. Die Seeoffiziere hätten dies ohne Rückendeckung Ludendorffs verantworten müssen, und die verschärften Bedingungen hätten ziemlich sicher den Neuaufbau einer deutschen Marine auf Generationen unterbunden. Dies könnte die schnelle Aufgabe und Vertuschung des Flottenvorstoßes erklären.

Sturz der Regierung und Torpedierung der Friedensverhandlungen?

Granier merkt an: „Dafür, daß die Seekriegsleitung mit dem Flottenvorstoß bewußt den Waffenstillstand torpedieren oder gar den Reichskanzler stürzen wollte (so Herwig, Elitekorps S. 189 f. und 256), finde ich keinen Beleg.“ (Granier, 1982; S. 53) Er bezieht sich dabei auf eine sinngemäße Aussage Trothas, wenn man als Militär dem Reichskanzler nicht folgen könnte, müsste man zurücktreten. Allerdings zeigt Deist, dass Trotha in einem ähnlichen Fall - die Politik müsste den Plan der SKL genehmigen - seine Ansicht wenig später wieder geändert hat. (Deist, 1966)

Für die SKL war es wichtig, einen Waffenstillstand zumindest solange aufzuschieben, bis der geplante Flottenvorstoß stattfinden konnte. Dass der Flottenvorstoß zu nochmals verschärften Bedingungen führen musste, muss der SKL nach den Erfahrungen mit der Torpedierung der LEINSTER klar gewesen sein, dies nahm sie billigend in Kauf.²⁶ Ludendorff ging davon aus, dass die Waffenstillstandverhandlungen gescheitert waren, und die SKL hat diese Überzeugung geteilt. Die Militärführung empfand sich weiterhin als über der Regierung stehend.

Aktives Handeln zum Sturz der Regierung erscheint auch nach Groß' Untersuchungen nicht wahrscheinlich, aber für OHL und SKL war nur eine Regierung tolerierbar, die in ihrem Sinne fungierte, und das bedeutete in der damaligen Situation einen ehrenvollen Untergang organisierte.

Stimmung in der Bevölkerung bzw. unter den Marinemannschaften

Die Stimmung in der Bevölkerung war jedoch immer stärker polarisiert worden: Deist schreibt: „Wichtig ist, dass durch die Hervorhebung exorbitanter Kriegsziele durch die – vereinfacht gesagt – rechte Seite des politischen Spektrums der für Bethmann Hollweg und die Masse der Bevölkerung entscheidend wichtige Charakter dieses Krieges als Verteidigungskrieg unterlaufen wurde. Mit Eroberungsvorstellungen über ein Ostimperium oder die Annexion Belgiens, über die Erweiterung des Kolonialbesitzes war die These des Verteidigungskrieges nicht mehr aufrechtzuerhalten. Das hat enorme Auswirkungen auf die Masse der Bevölkerung gehabt.“ (Deist, 1991) In der Arbeiterschaft nahm die Opposition gegen diesen Krieg zu, u.a. sichtbar an der Bildung der USPD und den Januarstreiks 1918, die sich gegen den Krieg richteten.

In Bezug auf die Marinemannschaften schreibt Deist: „Der Regierungswechsel in Berlin und die erzwungene Rückkehr nicht nur der Torpedo- und U-Boote, sondern auch der Werftarbeiter aus den belgischen Häfen konfrontierte die Mannschaft mit der Realität. Gerade die Rückkehr der Flandernboote und die Umstände, unter denen sie erfolgte, hat auf die Mannschaften einen

²⁶ Es gibt auch Stimmen, die annehmen, dass ein erfolgreicher Flottenvorstoß zu vorteilhafteren Friedensbedingungen für Deutschland geführt hätte (Z.B. verweist Henry Newboldt, ein englischer Historiker, auf die Schlacht von Chatham während des englisch-niederländischen Krieges 1665-1667). Die deutsche Front befand sich jedoch kurz vor dem Zusammenbruch. Eine Störung des Entente-Nachschubs über See hätte nur kurzfristig stattfinden können, da das Kräfteverhältnis der Marineeinheiten für Deutschland deutlich nachteilig war und die U-Bootbekämpfung der Entente sich deutlich verbessert hatte. Deutschlands Verbündete waren bereits ausgeschieden oder waren ebenfalls am Ende, entsprechend hätte sich die Versorgungslage für Deutschland weiter verschlechtert und für die Entente weiter verbessert.

besonders tiefen, unmittelbaren Eindruck gemacht.“ Deist bezieht sich dabei auf das Tagebuch des Matrosen Stumpf²⁷. (Deist, 1966)

Auch in Teilen des Bürgertums war eine deutliche Distanz zu den Umtrieben von Vaterlandspartei und Alldeutschen feststellbar. Dies zeigt sich z. B. in den Tagebucheintragungen, des o.g. Ingenieurs der Kieler Germania-Werft, der sie häufig als „Hallunken“ bezeichnet, sowie in einer Anmerkung Konteradmiral Küsels, der von einer abwartenden bis schadenfrohen Haltung der Kieler Bürgerschaft gegenüber der Marine während der Revolutionsereignisse spricht.²⁸

Ludendorffs Position war inzwischen so geschwächt, dass er sich nicht mehr durchsetzen konnte. Ohne den großen Schirmherren im Rücken, mit einer personell angeschlagenen Flotte und einer beginnenden Meuterei, war weder an eine eindrucksvolle Schlacht noch an eine gut in Szene gesetzte Todesfahrt zu denken. Verschärfte Friedensbedingungen hätten einen Neuaufbau der Marine auf Generationen verhindert. Die SKL schaltete schnell um. Durch Rückzug im letzten Moment und Verschleierung ihrer Absichten konnte sie ihre eigene Absetzung vermeiden. Scheer und Levezow zogen sich zurück, Trotha machte sich daran, die Optionen auf die „neue deutsche Zukunftsflotte“ und die Weltgeltungsansprüche offen zu halten. Es gab keine ehrliche und selbstkritische Bilanz in „Stolz und Würde“. Die Seeoffiziere suchten die Schuld bei den anderen und ließen nach ihrem Wieder-Erstarken in der Weimarer Republik die Pläne für einen erneuten Waffengang und den Anspruch auf Weltgeltung (Trotha: „Eine neue deutsche Zukunftsflotte“) wiederaufleben.

Zusammenfassung

Die Seeoffiziere kamen meist aus dem Bürgertum, fühlten sich als Symbol der nationalen Einheit, als Vorkämpfer des deutschen Weltmachtstrebens, sowie Kaiser und Reich verpflichtet.

Das von Tirpitz entwickelte Flottenbauprogramm forderte Englands Weltmachtstellung heraus und führte zum Zweifrontenkrieg – eine wichtige Ursache der Niederlage Deutschlands und seiner Verbündeten im Ersten Weltkrieg. Ein riesiges Loch wurde in den Staatshaushalt gerissen. Doch das Programm scheiterte letztlich vom Ansatz her und in der praktischen Umsetzung.

Dies wurde von der breiten Mehrheit der Seeoffiziere jedoch nicht realisiert und die große Seeschlacht mit Großbritannien zur Durchsetzung der Weltmachtambitionen blieb ihr Leitbild. Entsprechend war die Torpedierung aller Friedensinitiativen durch die OHL zusammen mit der Vaterlandspartei und der evangelischen Kirche völlig in ihrem Sinne. Sie trugen ihren Teil dazu bei mit der Durchsetzung des uneingeschränkten U-Bootkrieges, der eine Initiative Wilsons scheitern ließ.

²⁷ Auszüge wurden veröffentlicht unter: Stumpf, R., *Warum die Flotte zerbrach – Kriegstagebuch eines christlichen Arbeiters*, Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger, Berlin, 1927.

Das vollständige Tagebuch wurde durch den Untersuchungsausschuss der Deutschen Nationalversammlung veröffentlicht (Das Werk des Untersuchungsausschusses, WUA, IX/2).

Das vollständige Tagebuch wurde auch ins Englische übersetzt und in einer kommentierten Ausgabe veröffentlicht:

Horn, D. (Ed.), *War, Mutiny and Revolution in the German Navy – The World War I Diary of Seaman Richard Stumpf*, Rutgers University Press, New Brunswick, New Jersey (USA), 1967.

Stumpf beschreibt als seinen Eindruck und den der Matrosen und Heizer, dass es sich um den Krieg der Junker, Geldschränke und Militäraristokratie handle (wobei er die Priester als Offiziere in Zivil ansieht). Während die von den Steuergeldern bezahlte Seeoffizierskaste in Saus und Braus lebten, müssten die einfachen Soldaten deren Besitz verteidigen, große Entbehrungen erleiden und werden obendrein von ihnen ständig schikaniert. Im Mai 1917 notiert er, dass die Matrosen den Frieden wollten und zwar so schnell wie möglich.

²⁸ Küsel, Konteradmiral a.D., *Beitrag zur Geschichte des revolutionären Umsturzes in der Kaiserlichen Marine und in Kiel. November 1918*, erstellt vermutlich nach 1933. Bundesarchiv-Militärarchiv: RM 8/1026.

Die Seeoffiziere verbanden sich mit den schärfsten Kritikern der Regierungen, wie Deist bezogen auf Bethmann Hollweg feststellte.

Der Übergang zum U-Bootkrieg führte nicht zum erhofften Erfolg, schon gar nicht zu einem Friedensgesuch Großbritanniens nach sechs Monaten, provozierte aber den Eintritt der USA in den Weltkrieg und besiegelte damit die Niederlage der Achsenmächte.

Mit dem Flottenbefehl vom 24. Oktober 1918 sollte die letzte Möglichkeit für eine große Seeschlacht genutzt werden. Dazu mussten die Waffenstillstandsverhandlungen zumindest verzögert werden. Die Torpedierung der LEINSTER vor Irland kam da gerade recht. Die Bestrebungen von OHL, SKL, Vaterlandspartei und evangelischer Kirche verbanden sich zu dem gemeinsamen Versuch, die Friedensgespräche abubrechen und in „Ehren unterzugehen“. Auch ein unwahrscheinlicher Erfolg des Flottenvorstoßes hätte damit Deutschland noch näher an den Abgrund geführt. Das besondere Interesse der Seeoffiziere lag dabei darin, sich die Option auf ihre Zukunft, einen Neuaufbau der Marine und damit auf den Weltgeltungsanspruch offen zu halten.

Mit der Niederlage dieser Kampagne, u.a. durch die Entlassung Ludendorffs und die beginnenden Meutereien, waren die besonderen Interessen der Seeoffiziere nicht mehr durchsetzbar. SKL und Flottenleitung brachen den geplanten Vorstoß ab und vertuschten ihre Absichten.

Die Flottenpolitik Admiral Tirpitz' und Kaiser Wilhelms II. hatten Deutschland den Zwei-Fronten-Krieg beschert, hatten dafür gesorgt, dass ein Großteil des Volksvermögens in eine im wesentlichen nutzlose Flotte gesteckt wurde, die Seeoffiziere hatten mit der Provokation der USA letztlich die Niederlage der Achsenmächte herbeigeführt. Nun machten Meuterei und Aufstand deutlich, dass die Seeoffiziere, zumindest der großen Überwasser-Einheiten, als Vorgesetzte völlig versagt hatten (Granier zitiert Güth, Hochseeflotte (Granier, 1982): „... versagte während des ganzen Krieges das Offizierskorps vor der Aufgabe der Menschenführung in der ruhenden Flotte“).

Eine Neustrukturierung u.a. durch gründliche Auswahl der Offiziere wäre während und nach der Revolution möglich gewesen²⁹. Noske war aber an einer Aufklärung der Vorgänge um den Flottenbefehl nicht wirklich interessiert³⁰. D.h. er ließ den Seeoffizieren ihren Versuch, in ihrem Weltgeltungsstreben zusammen mit der OHL, der Vaterlandspartei und der evangelischen Kirche, Deutschland in den „totalen Krieg“, in den „ehrvollen Untergang“ und damit in tiefes Elend zu stürzen, durchgehen, ja er äußerte sogar Sympathie. Er schrieb in „Von Kiel bis Kapp“, dass er die Kieler Meuterei „aufs schärfste“ verurteilte und: „Solange [...] die Gegner den ehrenvollen Frieden ablehnten, mahnten wir unser Volk zum Einsatz aller Kräfte, um die Niederlage und einen Diktatfrieden [...] abzuwehren.“ Damit und mit der nachgeschobenen Begründung der SKL für den Flottenvorstoß gewann andererseits die Dolchstoßlegende an Glaubwürdigkeit.

Dass insbesondere Noske sich im Weiteren auf die Seeoffiziere als ausgewiesene Gegner sowohl der früheren Regierungen als auch besonders der neuen parlamentarisch legitimierten Regierung stützte (Trotha wurde zunächst Leiter des Marinepersonalamtes, dann ab 26. März 1919 Chef der Admiralität, also Leiter der Marine insgesamt, Levetzow später Chef der Marinestation der Ostsee,

²⁹ Wolfram Wette schreibt in seinem Artikel "Als bei der Torpedo-Division der erste Soldatenrat gebildet wurde" in der Frankfurter Rundschau vom 12.12.1988: „...die beispielhafte Erprobung eines zukunftsorientierten republikanischen Reformprogramms. Ein solcher Test wäre in Kiel - zumal auf militärpolitischem Gebiet - durchaus möglich gewesen. Personelle und strukturelle Ansätze hierfür waren vorhanden. Noske hat sie nicht gefördert und nicht genutzt, sondern im Keim erstickt.“

³⁰ Noske, G., Von Kiel bis Kapp, Verl. Für Politik und Wirtschaft, Berlin, 1920, S. 9: „... die auslaufende Flotte sollte in einer letzten Seeschlacht geopfert werden. Absolute Gewißheit habe ich nie erhalten können, ob die Absicht bei der Flottenleitung bestanden hat. Es ist in Abrede gestellt worden.“ Es wäre wohl für Noske damals nicht allzu schwer gewesen, das herausfinden zu lassen.

Loewenfeld war einer der ersten, der ein Freicorps aufbauen durfte), hat erheblich zur Destabilisierung der Weimarer Republik beigetragen. (Kapp-Putsch, Organisation Consul, Morde an Erzberger u.a.). Der große Fanatismus mit dem die Seeoffiziere dabei zu Werke gingen, könnte sich zu einem gut Teil aus ihrem ständigen Scheitern an den selbst gestellten Aufgaben erklären.

Es hätte jedoch für Noske personelle Alternativen gegeben: Als zweiter Admiralstabsoffizier im Stab der Seekriegsleitung hatte sich Korvettenkapitän Paul Reymann gegen den Plan der letzten Schlacht ausgesprochen (Granier, 1982, S. 50).

Anhang

1. Auszüge aus:

Küsel, Konteradmiral a.D., Beitrag zur Geschichte des revolutionären Umsturzes in der Kaiserlichen Marine und in Kiel. November 1918, erstellt vermutlich nach 1933. Bundesarchiv-Militärarchiv: RM 8/1026.

Küsel war im November 1918 Chef des Stabes bei der Marinestation der Ostsee in Kiel.

Bis zum Jahr 1933 war das Zentrum und die römisch-katholische Kirche „Tabu“.

Niemals hätte der Krieg zum Weltkrieg werden können, wenn es sich allein um materielle Dinge und Völkerrivalitäten gehandelt hätte. Das Treibholz der Oberflächenströmung war materieller Art, wie Handelsneid, Raum- und Lohnfragen. Die Grundströmung war der alte tausendjährige Kampf zwischen Papst und deutschem Kaiser; es war der jahrhundertalte Kampf der römisch-katholischen Kirche gegen das protestantische deutsche Volk, gegen den evangelischen deutschen Kaiser.

Die Wirkung der zersetzenden Tätigkeit von dem romhörigen Zentrum und der internationalen Sozialdemokratie im deutschen Volk unter den Rüstungsarbeitern trat im Sommer 1918 immer deutlicher zutage.

Daneben sieht Küsel auch das Judentum am Werk. Er vermerkt jeweils wer (natürlich nur von den „schlechten Elementen“) seiner Ansicht nach Jude ist.

Dass Ludendorff und später die Seekriegsleitung die Macht des Kaiser beschnitten hatten, ja sogar Überlegungen kursierten ihn durch den Kronprinzen zu ersetzen, was die Seeoffizierskaste gerade der Sozialdemokratie zu verdanken hatte, und dass ein Mensch jüdischer Herkunft für Deutschland überlebenswichtige Techniken entwickelte (Ammoniak-Synthese von Haber), wurde von Küsel nicht thematisiert.

2. Flugblatt der Regierung zum Flottenvorstoß

Seeleute! Arbeiter!

Tiefbedauerliche Ereignisse haben sich in den letzten Tagen zugetragen. Zwischen Mannschaften, welche die Ordnung gewaltsam zu stören versuchten, und anderen, die beauftragt waren, sie aufrechtzuerhalten, ist es zu Zusammenstößen gekommen, bei denen es Tote und Verwundete gegeben hat.

Eine Untersuchung der Vorfälle ist eingeleitet,

bei der alle Umstände sorgfältig geprüft werden sollen, die zu diesen beklagenswerten Ereignissen geführt haben.

Nach den uns bisher gewordenen Nachrichten ist die herrschende Erregung durch unsinnige Gerüchte hervorgerufen worden. Es wurde behauptet, die Offiziere der Kriegsflotte seien mit der Friedenspolitik der Regierung nicht einverstanden und planten einen Handstreich, der die Mannschaften nutzlos dem Tode überliefern würde. Die Offiziere der Kriegsflotte leisten der Regierung Gehorsam, und der gegen sie gerichtete Vorwurf, sie hätten diesen Gehorsam verletzt oder wollten ihn verletzen, ist unberechtigt. Niemand denkt daran, das Leben von Volksgenossen, Familienvätern zwecklos aufs Spiel zu setzen. Die Regierung hat schon am 5. Oktober den Gegnern den Abschluß eines Waffenstillstands vorgeschlagen, um zweckloses Blutvergießen zu vermeiden.

Wenn der Waffenstillstand noch nicht abgeschlossen ist, so kommt das daher, daß die Gegner ihre Bedingungen noch nicht genannt haben. Solange die Kriegshandlungen durch den Willen der anderen Seite fortgehen, bestrebt sich die deutsche Kriegsführung zu Lande und zur See, mit Menschenleben so zu sparen, wie dies mit den Zwecken notwendiger Abwehr vereinbar ist.

Die Aufgabe, unnützes Blutvergießen zu vermeiden, kommt aber nicht nur der Regierung, sondern dem ganzen Volke zu. Wir wollen den Völkerkrieg nicht abschließen, um den Bürgerkrieg zu beginnen. Gewissenlos handelt, wer durch Ausstreuung phantastischer Gerüchte Unruhe verbreitet und die Flamme des Bürgerkriegs entfacht.

Beschwerden sollen untersucht, berechnigte Forderungen erfüllt werden.

Die Regierung ist aber auch verpflichtet, mit allen Mitteln, die ihr zu Gebote stehen, das Volk vor dem Elend zu schützen, das ihm aus der Zerstörung jeglicher Ordnung erwachsen würde, sie ist verpflichtet, nach Recht und Gerechtigkeit zu verfahren, dafür trägt sie vor dem ganzen Volk und seiner gewählten Vertretung, dem Deutschen Reichstag, die volle Verantwortung.

Seeleute! Arbeiter!

Seid auch Ihr Euch der Verantwortung bewußt, die Ihr vor Euren Volksgenossen tragt.³¹ Sorgt dafür, daß die traurigen Ereignisse der letzten Tage vereinzelt bleiben und daß wir ohne blutige Wirren unsere inneren Angelegenheiten in gesetzlicher Freiheit ordnen können, dem deutschen Volk und Euch selbst zum Heil!

Max, Prinz von Baden
Reichskanzler.

Scheidemann
Staatssekretär.

Ritter von Mann
Staatssekretär des Reichsmarineamts.

³¹ Im Abdruck bei Max von Baden heißt es: „Seid Ihr Euch der Verantwortung bewußt, die Ihr vor Euren Volksgenossen tragt?“

